Interessengemeinschaft für Waffenbesitz e. V.

pro legal e. V. – Geschäftsstelle, Potsdamer Straße 91, 14469 Potsdam

Herrn/Frau/Firma

OFFENER BRIEF

an den stellvertretenden Vorsitzenden der
SPD - Bundestagsfraktion

Dirk Wiese (MdB)

Sehr geehrter Herr Wiese,

die Interessengemeinschaft für Waffenbesitz **pro** legal e. V. fordert Sie nachdrücklich auf, von Ihren in einem Artikel der BILD-Zeitung vom 05.01.2025 geäußerten Forderungen nach einer erneuten Verschärfung des Waffenrechts unverzüglich Abstand zu nehmen.

Ihre erneute Forderung als "Innenexperte" nach verschärften Regelungen im Waffenrecht ist nicht nur sachlich unbegründet, sondern offenbart auch eine kurzsichtige politische Strategie, die in ihrer Symbolpolitik die Interessen gesetzestreuer Bürger ignoriert und letztlich die falschen politischen Kräfte stärkt.

1. Populismus statt Sicherheit – Eine gefährliche Strategie im Vorfeld des Wahlkampfs

Ihre Forderungen sind ein durchschaubares Wahlkampfmanöver, das mehr auf emotionale Schlagzeilen als auf effektive Sicherheitspolitik abzielt. Anstatt eine sachliche Diskussion auf Grundlage von Fakten zu führen, wird von Ihnen wieder einmal ein Scheinproblem ins Zentrum gestellt.

Die SPD versucht offensichtlich, durch symbolträchtige Maßnahmen die öffentliche Wahrnehmung von Handlungsfähigkeit zu beeinflussen, während die tatsächliche Bedrohung durch illegale Waffenbesitzer, kriminelle Netzwerke und Schwarzmarktaktivitäten unbeachtet bleibt.

2. Gefahr politischer Radikalisierung durch erzwungene Rechtsbrüche

Ihre unverhältnismäßigen Vorschläge treiben legale Waffenbesitzer – darunter Jäger, Sportschützen und Sammler – in die Arme populistischer und extremer Parteien. Die AfD hat in der Vergangenheit immer wieder die Interessen dieser Gruppen für ihre eigene Agenda instrumentalisiert.

Mit Ihren Forderungen liefern Sie und die SPD diesen Kräften die Munition, um sich als letzte Verteidiger bürgerlicher Rechte darzustellen. Die Folge ist eine zunehmende Polarisierung und eine weitere Entfremdung rechtschaffener Bürger vom politischen Mainstream.

3. Das psychologische Gutachten – Ein Tor zu Willkür und sozialer Diskriminierung

Ihre, bereits bekannte, Idee, Waffenbesitzer zu einem psychologischen Gutachten zu zwingen, stellt eine kaum verhüllte Bevormundung dar, die einer generellen Misstrauenskultur Vorschub leistet. Solche Gutachten sind teuer, subjektiv und eröffnen Möglichkeiten für willkürliche Entscheidungen.

Sie schaffen keine Sicherheit, sondern Diskriminierung: Menschen mit psychischen Erkrankungen werden stigmatisiert, und Behörden können nach Gutdünken Bürgerrechte von (angehenden) Waffenbesitzern beschneiden.

Der Zugang zu legalen Waffen wird zu einem Privileg der finanziell und sozial Bessergestellten.

4. Das Verbot „kriegswaffenähnlicher" Waffen – Eine gefährliche Täuschung

Ihre, ebenfalls bereits bekannte, abgedroschene Rhetorik vom „Verbot kriegswaffenähnlicher halbautomatischer Schusswaffen" ist nichts anderes als eine politische Nebelkerze! Es handelt sich um eine bewusste Irreführung der Öffentlichkeit, denn die technische Funktionalität solcher Waffen hat nichts mit echten Kriegswaffen gemein.

Die Bezeichnung „kriegswaffenähnlich" ist ein emotionaler Kampfbegriff, der Ängste schürt, statt sachliche Debatten zu ermöglichen. Tatsächlich betrifft diese Maßnahme vor allem Sportschützen und Jäger, die durch bestehende Gesetze bereits umfassend kontrolliert und kontinuierlich überwacht werden.

5. Mehr Bürokratie statt echter Kriminalitätsbekämpfung

Die SPD verliert den Fokus auf die wahren Herausforderungen: Statt illegale Waffen, kriminelle Netzwerke und den Schwarzmarkt ins Visier zu nehmen, werden mehr Bürokratie und unnötige Kontrollen für die rechtschaffene Bevölkerung gefordert. Diese Politik der Gängelung ist ineffizient und kontraproduktiv.

Fazit

Die SPD beschreitet mit dieser Symbolpolitik im Hinblick auf die kommende Bundestagswahl einen gefährlichen Kurs, der die politische Radikalisierung verstärkt, ohne die Sicherheit zu erhöhen. Während gesetzestreue Bürger bestraft werden, bleiben echte Sicherheitslücken unberührt.

Im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes ist diese Strategie nicht nur kurzsichtig, sondern ein Geschenk an die AfD, die sich durch solche Maßnahmen weiter legitimiert sieht.

Deutschland braucht keine symbolische Überregulierung, sondern durchdachte Sicherheitspolitik, die auf Fakten basiert und die Grundrechte respektiert.

Sitz des Vereins
pro legal e. V.
Bruchsal

Eingetragen beim Amtsgericht Mannheim
unter VR 231365

Vorstand:
Alexander Titze | Reiner Assmann | Thomas Kullmann

Geschäftsstelle
pro legal e. V.
Potsdamer Straße 91
14469 Potsdam

Internet: www.prolegal.de
E-Mail: info@prolegal.de

Telefon: 0331 – 61 90 96 28
Bürozeiten: Di | Mi | Do 13:00 Uhr – 15:00 Uhr

Die SPD tut gut daran, die annähernd 1 Million gesetzestreuen, legalen Waffenbesitzer als potentielle Wählerschaft endlich ernst zu nehmen, und sie nicht mit immer weiteren, repressiveren Forderungen nach einer Verschärfung des Waffenrechts buchstäblich in die dankbar aufnehmenden Arme linker und rechter, teils extremistischer, Parteien zu treiben.

Für einen sachlichen und faktenbasierten Austausch stehen wir Ihnen jederzeit gerne, auch in einem persönlichen Dialog, zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Namen unserer Mitglieder und des Direktoriums

Alexander Titze
Vorsitzender

Sitz des Vereins
pro legal e. V.
Bruchsal

Eingetragen beim Amtsgericht Mannheim
unter VR 231365

Vorstand:
Alexander Titze | Reiner Assmann | Thomas Kullmann

Geschäftsstelle
pro legal e. V.
Potsdamer Straße 91
14469 Potsdam

Internet: www.prolegal.de
E-Mail: info@prolegal.de

Telefon: 0331 – 61 90 96 28
Bürozeiten: Di | Mi | Do 13:00 Uhr – 15:00 Uhr